

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,80 M., bei Zustellung unter Postamt 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Ausgaben der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2805 und 2806.

Inserate kosten die achtgezahlte Nonpareilzeile ober dem Raum 1,20 M., Wochenrügen das fertige Druckbild 20 Pf., jedes weitere Wort 2 Pf. Anzeigen für den ersten Tag 50 Pf. Familien- und Verkaufsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wachsende Opposition in Frankreich.

Zunehmender Kampfesmut.

In „Le Populaire“ vom 27. Mai beschäftigt sich Genosse Paul Faure bei Gelegenheit der arden Demonstration zur Erinnerung an die Pariser Kommune mit der Zukunft der heutigen revolutionären Bewegung in Europa. Er sagt darin u. a.: „Ich hoffe, die Arbeiterklasse ist nicht gesonnen, eine Versailleser Politik zu dulden.“ Und er kommt zu der Frage: „Was sollen wir tun? Sollen wir uns mit friedlichen Demonstrationen auf der Straße begnügen, mit Diskussionen in unseren Versammlungen, mit Tagesordnungen auf unseren Kongressen?“

Die Antwort auf diese Frage hat der Renior dem Genossen Faure gestrichen. Der ganze Schluss des Artikels besteht aus einem weissen Fied.

Am Tage darauf beschäftigt sich Faure mit diesem Einriff der Renior und sagt zum Schluss:

„Da es mir also verboten ist, einen Kommentar zu schreiben, so gebe ich seinen Kommentar. Ich erkläre einfach Bericht. Hier folgt, was alle Zeitungen oeffnern und heute haben koennen duerfen:

1. Der Dreieund der Berg-, Transport- und Eisenbahnarbeiter in England hat der englischen Regierung gebrakt, die Arbeiter niederzuliegen, wenn die Zurueckziehung der Truppen in Irland nicht innerhalb einer kurzen Frist beschlossen waerde.

2. Der Nationalaustand der Confederation General du Travail hat soeben die Matrosen der Schwarzen Meerflotte beurlaubt, weil sie sich geweigert haben, gegen die russischen Revolutionaere zu kempfen.

3. Der „Kwantu“, das Organ des italienischen Sozialismus, fordert, das ein gleichzeitiger Generalaufstand durch das Volk in England, Frankreich und Italien organisiert werde, um die Regierungen der Entente zu zwingen, mit dem Krieg gegen die Revolutionen der Arbeiter aufzuhoeeren.

4. Ein Vorschlag derselben Art ist heute morgen im Nationalaustand der Confederation Generale du Travail gemacht.

5. Man wird heute abend auch in der Permanenten Delegiertenkonferenz der franzoesischen sozialistischen Partei von derselben Sache sprechen.

Ich haeue nicht ein Wort eines Kommentars hinan, und am dem Herrn Ruffillard (dem Gouverneur von Paris) nicht zu misfallen, sane ich auch meine Ansicht ueber diese Dinge nicht, man wird sie obnehin wissen.“

Die franzoesischen Sozialisten fuer die U. S. V. D.

In der „Humanitaet“ vom 24. Mai beschuetigt sich Marcell Cachin in einem loengeren Artikel, den wir ausgangsweiae schon wiedergegeben haben, mit dem Friedensvertrag. Er spricht von den groeoen Kundgebungen der Uunahaengigen in Berlin und von ihrer Ansicht, das der Friedensvertrag unterzeichnet werden muesse. Er gibt ihnen recht und weist die Proteste der Rechtssozialisten und der Alldentschen zurueck, denen er das Recht abspricht, sich zu beslagen, da sie ja den Frieden von Brest-Litovsk und den von Bukarest mitverschuldet haetten und da vor allem die Rechtssozialisten die Schuld an der immer wiederholten Verloungerung des Krieges truegen. Nicht die Politik der Rechtssozialisten, sondern der von Henri Eisner auf der Berner Konferenz eingeschlagene Weg des freimuetigen Schuldbeckentnisses sei es, der dem beslagen Deutschland die Sympathien und die Hilfe des Proletariats der Ententelaender sichere. Er saehrt dann fort:

Waehrend des Krieges haben in Deutschland in der Tat nur die Uunahaengigen eine ehrenhafte und mutige Haltung gezeigt. Sie allein haben heute das Recht, offen zu sprechen und sich zu beslagen. Sie, die in den finstersten Zeiten des deutschen Imperialismus Tod und Gefaengnis nicht scheuten, haetten wir also auf alle Ruhe und Aufrufe dieser Sozialisten ohne Furcht und Tadel! Sie haben recht, darauf zu vertrauen, das die Proletarier der westlichen Laender aus dem zukuenftigen Friedensvertrag alle die Bedingungen verschwinden lassen werden, die einem gerechten Frieden widersprechen, einem demokratischen Frieden, fuer den wir immer eingetreten sind.

Wir wollen wie sie, wie alle sozialistischen Parteien, wie alle Arbeiterorganisationen, das der zukuenftige Friedensvertrag die

Rechte aller Voelker respektiert. Wir wissen im uebrigen, das das Werk der „Freiheit“ (Clemenceau und der drei anderen Ministerpraesidenten) von vornherein zum Untergang verurteilt ist, weil es der Brutalitaet, dem Imperialismus und der Reaktion entstammt. Wir werden unseren Kampf fortsetzen, damit der ganze Geist, dem er entspringt, verschwinde. Das franzoesische Proletariat wird keine Ruhe haben, bevor es nicht einen dauerhaften und endgueltigen Frieden durchgesetzt hat, einen Frieden, dessen genaue Saehue der Zentralvorstand unserer Partei augenblicklich festlegt.

Es ist noetig, das Deutschland die Kriegeschuaden bezahlt und das unser Land moeglichst bald wieder lebensfaehig wird. Diese beiden Bedingungen werden uns umso sicherer garantiert, je mehr der Friedensvertrag von sozialistischen Ideen durchdrungen wird und je mehr er von allem imperialistischen und chauvinistischen Inhalt gereinigt wird. Es ist Sache der Voelker in Frankreich, in England, Amerika und Italien, auf die Hoffnungen der Uunahaengigen in Deutschland zu antworten. Sie sind entschlossen zu unterzeichnen. Unsere Sache ist es nun, darauf zu sorgen, das die Welt von morgen in Frieden arbeiten kann, ohne die ewige Drohung, alle sechs Monate das Gepraengnis des Krieges seinem Grabe entfeigen zu sehen.“

Wilson und die Revolution in Frankreich.

Der „Humanitaet“ berichtet ein Schweizer Telegramm am 28. Mai ueber Enthuellungen eines Professors Doret, wonach Wilson durch den Ausgang der Friedensverhandlungen moralisch sehr gestarkt habe. Er sei das Opfer der Politiker und der Geschaeftleute geworden und nur deshalb nicht von der Konferenz zurueckgetreten, weil er den Alliierten den Buergerkrieg habe ersparen wollen.

Die „Humanitaet“ billigt diese Ansicht ueber Wilson vollkommen und bemerkt hierzu:

Wir haben immer die Ansicht gehabt, das Wilson sich nur deshalb vor den abseuerlichen Forderungen Clemenceaus, Lord Georges und Delandos nicht zurueckgezogen hat, weil er ueberzeugt war, das seine Abreise sofort die Revolution entfesseln wuerde. Dieser groeoe Doutegeis dermoegte eine solche Verantwortung nicht zu uebernehmen.“

Protest der schwedischen Sozialdemokratie.

Stockholm, 30. Mai.

Die Leitung der schwedischen Sozialdemokratie hat unter Vorsitz Brandings einen groeoen Protest gegen die Versailleser Friedensbedingungen beschlossen. Branding bezieht zwar in dem Protest seine bekannte einseitige Stellungnahme zur Frage der Schuld am Krieg zum Ausdruck, andererseits aber heisst es klar und deutlich:

Wir haben die Pflicht, unsere Stimme zu erheben fuer die Grundsaehue eines dauernden Voelkerfriedens, um die die sozialistische Internationale sich geschart hat und die seinerzeit auch in Auspraechen der leitenden Staatsmaenner der Entente und dann in der Form von Wilsons 14 Punkten auendruelich als Grundlaege fuer das Friedenswerk anerkannt worden sind. Dessen mehr muessen wir beslagen, das in dem Versailleser Entwurf diese Grundsaehue so wenig und in verschiedenen Punkten ueberhaupt nicht zu ihrem Recht kommen. Der Geist des alten Imperialismus, der Geist des Gewaltfriedens hat seine unverloerbaren Spuren in dem Friedensdokument, das die bluetenden Voelker als Einleitung zu einer neuen Zeit gewuenscht haetten, hinterlassen. Jeder Friede, der von dem Weg des strengen Rechts abweicht, traegt in sich den Keim zu neuen Konflikten. Die Hoffnungen der Uunahaengigen auf eine schnelle Abroegung und freie Verhaendigung der allmaehlich verschuerten Voelker in einem kraeftigen Voelkerbund verbleicht, wenn Friedensbedingungen unveraendert festgehalten werden, gegen die das Rechtsbewusstsein der internationalen Arbeiterklasse sich erhebt. Die Grenzen der Gerechtigkeit werden ueberschritten, wenn der Schabenerjaeh so unbestimmt oder so ueber alle Grenzen hinaus feigelegt wird, das in Wirklichkeit das ganze deutsche Volk zum Sklavendienst fuer die Sieger verurteilt wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Voelker wird geskraenkt, wenn rein deutsche Landesteile gegen den Willen der Bevoelkerung und ohne Abstimmungsrecht den neugebildeten Grenzstaaten ueberwiesen werden. Der Protest schliecht mit dem ernstlichen Aufruf an die Entente, die Lehren der Geschichte zu beachten und dem Frieden den Stempel der Hoehrigkeit und Gerechtigkeit aufzudrueden, die seine Dauer gewaehrleisten.

Vorbereitungen!

Unabhaengig verlangt der „Vorwaerts“, das die Internationale gegen den Gewaltfrieden all ihre Kräfte einsetze und das Blatt, das fuer das Ausland nicht genug radikal und revolutionaer sein kann, hat oft genug seine Unzufriedenheit mit den franzoesischen und englischen Genossen geaendert. Daran lassen die Rechtssozialisten es sich allerdings auch genuegen, im uebrigen koennen sie zu glauben, das sie sich erlauben duerfen, in Deutschland eine Politik zu treiben, die es der Internationale Tag fuer Tag schwerer macht, ihren Kampf zu fuehren.

Sah und Verachtung hat die Kriegspolitik der Scheidemaenner in allen sozialistischen, demokratischen und sozialistischen Kreisen des gesamten Auslands erweckt. Und gerade in diesen kritischen Tagen scheinen die „Rechtssozialisten“ den Vorwaerts liefern zu wollen, das sie genau dieselben geblieben sind, das sie auch heute noch geistige und politische Gemeinschaft mit den alten Gewalttaen beugen und pflegen wollen. Nur so ist es zu verstehen, das in der Note der deutschen Friedensdelegation in einer Weise fuer Wilhelm II. eingetreten wird, wie sich die junkerlichen Monarchisten es nur wuenschen koennen. In der Note heisst es:

Die beabsichtigte Strafverfolgung gegen den fruheren deutschen Kaiser erhebt die Entscheidung ueber die erhobene Anklage ueber den Kopf. Die deutsche Regierung kann nicht zulassen, das der Deutsche Kaiser vor ein fremdes Ausnahmegericht gestellt und auf Grund eines Ausnahmegesetzes nach Ausnahmegerichten, noch Grundsaehue nicht des Rechts, sondern der Politik gerichtet und wegen einer Tat bestraft wird, welche zur Zeit ihrer Begehung nicht mit Strafe bedroht war. Die deutsche Regierung erklaert sich nicht einverstanden, das an Holland ein Versuch um Auslieferung des Kaisers gestellt werde; auch kann Deutschland die Verpflichtung nicht uebernehmen, den Gegnern derjenigen Personen, welche von ihnen eines Verstoesses gegen das Kriegsrecht als Kriegsgefangene beschuldigt werden, zur Aburteilung zu ueberantworten, weil das deutsche Strafgesetzbuch Auslieferung Deutscher an auslaendische Regierungen verbietet. Deutschland ist bereit, die Entschueidung der voelkerrechtlichen Vorfrage, ob eine im Krieg begangene Handlung als Verletzung der Kriegsregeln anzusehen ist, einem aus Neutralen zusammengesetzten internationalen Gerichtshof, vor den von Angehoerigen aller vertragschliessenden Teile Verletzungen der Kriegsregeln gebrakt werden koennen, zu ueberlassen, vorausgesetzt, das Deutschland an der Bildung des Gerichtshofes gleichen Anteil hat wie die Alliierten, das der Zustaeendigkeit des Gerichtshofes auf die Entschueidung der voelkerrechtlichen Frage beskraenkt wird und die Bestrafung nationalen Gerichten ueberlassen bleibt.

Jetzt wissen wenigstens die deutschen Arbeiter noch einen Grund, weshalb der Friede nicht unterzeichnet werden darf, weswegen sie die Verden des Hungers und der Arbeitslosigkeit auf sich nehmen muessen.“

Den Schuldigen des Weltkrieges darf nichts geschehen! Der „deutsche Kaiser“, wie die Note respektvoll Wilhelm von Hohenzollern nennt, muß geschlicht werden. Die sozialistische Regierung kann den Gedanken nicht ertragen, das er von den Siegern zur Verantwortung gezogen werden koennte. Das laeht ihr Rechtsgefuehl nicht zu, dazu ist es zu sein entwickelt. Handelt es sich doch nicht um oeffentlicher Proletariat, die infolge eines mißverstaendlich verbaengten Standrechts niedergeschossen werden. Es handelt sich um das Voelker und Heinstue, um Kaiser, Generale und Offiziere, und da funktioniert das Rechtsgefuehl, das sonst laewigelt.

Das schuende Eintreten fuer den deutschen Kaiser hat in der Internationale sofort geradezu abschreckend gewirkt. Unsere franzoesischen Genossen protestieren mit aller Entschiedenheit dagegen, das die Schuldigen nicht zur Verantwortung gezogen werden koennen. Sie wissen so gut wie wir, das der Vorschlag, einen internationalen Gerichtshof zu konstruieren, der erst alle moeglichen Vorfragen zu erledigen haette, nichts als ein Verschleppungs- und Rettungsmanoeber ist. Und sie koennen nicht begreifen, das heute noch sozialistische Minister sich solche Aufgaben stellen. Man kann sich vorstellen, wie foerderlich es ihrer Aktion ist, wenn so die deutsche Re-

Vertrag nun ungestraft bemerkt, zu beweisen, daß im neuen Deutschland sich so wenig geändert hat.

Und damit dieser Beweis möglichst schlüssig geführt wird, läßt die Regierung gerade den jetzigen Zeitpunkt für geeignet, den Belagerungszustand, der schon längst hätte aufgehoben werden müssen, noch zu verlängern. Von wie Inhalt des neuesten Ukases, den Herr Noske auf Weisung der Militärdiktatur erläßt, beweist, daß sich in der Tat nichts geändert hat. Den Herrn oben beliebt es, die „Freiheit“ dem deutschen Volke nach etwas häßlicher auszumessen und so tun sie es auch, ganz unbekümmert um die „vollendete Demokratie“.

Und ebenso unaufrichtig, nein, noch hundertmal verlogener als je im alten Regime sind die Vorwände. Die Verhandlungen über die Friedensbedingungen seien zu hochgefahrenen Geheimnissen und zur Aufwiegelung mißbraucht worden. Ganz der alte Polackstil! In Wahrheit wissen wir alle, daß einige Verhandlungen in unerhörter Weise vom Militär gesprengt worden sind. Da Herr Noske dem Militär nicht entgegenzutreten darf, so schafft er solche Konflikte aus der Welt, indem er die Verhandlungsfreiheit aufhebt und den Belagerungszustand verhängt, obwohl Berlin seit Monaten völlig ruhig ist und kein Mensch an irgendwelche Aufständische denkt.

Er verstärkt den Belagerungszustand zur selben Zeit, wo die Regierung über jede Einwirkung der Presse und der Versammlungsfreiheit in den besetzten Gebieten ein wütendes Geschrei aufstößt und von der Welt verlangt, daß sie das ernst nehmen soll.

Ein Wirklichkeit ist diese Verstärkung des Belagerungszustandes nur eine der vielen Vorbereitungen der bevorstehenden Militärdiktatur. Trotz aller künstlichen Maßnahmen ist die Bewegung für Nichtunterzeichnung des Friedens vollständig mißglückt. Die Demonstrationen der Unabhängigen haben den Beweis geliefert, daß die Massen der arbeitenden Bevölkerung geschlossen die Politik der unabhängigen Sozialdemokratie billigen und gegen jede Katastrophenpolitik Stellung nehmen. Da die Versammlungen etwas anders ausfallen, als die Regierung es gedacht hat, sind sie überflüssig geworden. Gerade jetzt werden die großen Entscheidungen fallen und da darf das Volk selbst nicht Stellung nehmen, es muß klugeigen und demütig erwarten, welches Schicksal die Regierung ihm bereiten wird. Vor der wichtigsten politischen Entscheidung macht die sozialistische Regierung jede politische Aufklärungsarbeit unmöglich.

Glaubt man wirklich, daß die Sozialdemokraten des Auslandes es fertig bringen werden, gegenüber den Hinweisen ihrer Gegner, daß das alte militaristische Deutschland heute noch wie vor der Revolution besteht, viel auszuhalten können, wenn die deutsche Regierung selbst den Chauvinisten und Nationalisten der anderen Länder so freudlich in die Hände arbeitet?

Und der „Vorwärts“, der gegen die Sprengung der Versammlungen längst so kräftige Worte gemacht hat, verheißt den Erlaß Noskes Kamikaze im lokalen Teil und findet kein Wort der Kritik, das würdige Organ der „Sozialisten“!

Gegen die Loslösungsbestrebungen.

Es wird eine offiziöse Mitteilung verbreitet, die sich gegen die Loslösungsbestrebungen in Hannover, Ost- und Westpreußen und Bayern wendet. Es heißt darin, daß es unverantwortlich sei, ohne nachweisbare Tatsachen über derartige Loslösungsbestrebungen Gerüchte in die Welt zu setzen. Die letzte Besprechung mit den Vertretern der süddeutschen Staaten habe der Reichsregierung den Beweis erbracht, daß überall der unerschütterliche Wille bestehe, die Reichseinheit unter allen Umständen zu wahren. Aus Ost- und Westpreußen seien gerade in den letzten Wochen zahlreiche Kundgebungen an die Regierung gelangt.

Herner erläßt die Reichsregierung einen Aufruf an die Deutschen im Osten, in der sie auffordert, Ruhe und Disziplin zu bewahren. Unruhige Köpfe sollen das Schicksal Deutschlands und vor allem des deutschen Ostens nicht gefährden. Verhandlungen, nicht Kampf, das müsse jetzt die

Parole sein. Wenn die Gegenvorschläge abgelehnt werden sollten, so werde die Reichsregierung ihre Entschlüsse so fassen, wie es für das Leben des ganzen Volkes notwendig sei.

Die Regierung ist den Nationalisten im Osten mit schlechtem Beispiel vorangegangen, als sie zuerst mit großem Lärm verkündete, daß sie diesen Friedensvertrag „niemals“ unterzeichnen werde. Mit ihrer Parole „Verhandlungen, nicht Kampf“ kommt sie reichlich spät.

Die Ententepresse und die Gegenvorschläge.

Noch den vom Wolffschen Bureau verbreiteten Auszügen mißbilligen mit Ausnahme der liberalen Presse und des „Daily Herald“ fast alle englischen Blätter die deutschen Gegenvorschläge.

„Daily Herald“ schreibt: Die feierlichen Worte: „Die sterbende Philosophie der imperialistischen und kapitalistischen Lehre feiert hier ihren letzten schrecklichen Triumph“ mühten einen zur Verzweiflung bringen können, wenn man nicht Vertrauen in die Arbeiter Europas und Glauben daran hätte, daß der schauerhafte Friede, den die Alliierten Deutschland diktiert wollen, zum Schluß für nichtig erklärt wird und einem wahren Frieden den Platz räumen muß.

Die liberalen „Daily News“ sagen, daß die Alliierten bei der Entgegung der Gegenvorschläge eine Anzahl wichtiger Fragen im Auge behalten müßten, die für die ganze Welt von ebenso großem Interesse seien wie für Deutschland selbst. Je länger das Durcheinander andauere, um so weniger werde Deutschland in der Lage sein, seine Entschädigungssumme zu zahlen und um so geringer wäre die Aussicht darauf, daß Europa zu friedlichen Zuständen zurückkehre. Ein ungerechter Friede werde die Wiedergeburt der Welt verhindern und die Wunden, aus denen sie noch blutet, von neuem insigieren.

„Manchester Guardian“ äußert sich im günstigen Sinne. Das Blatt sagt, daß die Beratung der Deutschen auf die 14 Punkte Wilsons ein großes Argument sei, das man nicht leicht widerlegen könne. Es gebe Dinge, die keine deutsche Regierung annehmen könne, wenn sie bestehen bleiben wolle. Es würde ratsam sein, zu erfahren, welches diese Dinge sind. Es gebe auch Dinge, die sie nicht erfüllen könne, wenn sie sie annähme. Es würde auch nützlich sein, von den deutschen Vertretern etwas über diese Dinge zu erfahren. „Manchester Guardian“ fährt fort: Es ist durchaus in unserem Interesse, daß die Deutschen unterzeichnen, und zwar daß unterzeichnen, und schließlich mit den Worten: Es ist zu spät, auf einen Frieden zu hoffen, wie ihn Wilson beabsichtigt hat und wie die Welt ihn braucht. Es ist jedoch nicht zu spät, um die ersten Fehler am Friedensvertrag, wie er jetzt fertiggestellt worden ist, zu beseitigen und um Deutschland in die Lage zu setzen, durch Listen und Opfer hindurch die Achtung vor sich selbst und seinen Platz unter den Nationen wiederzugewinnen.

Die konservativen englischen Blätter verwerfen die Gegenvorschläge. Die „Times“ behaupten, das deutsche Angebot in der Entschädigungsfrage beweise, daß Deutschland einem Staatsbankrott nicht so nahe stehe, wie es behaupte. „Daily Chronicle“ glaubt, daß das Dokument mehr als ein Manifest denn als Vorschlag zu Verhandlungen gedacht sei. Es sei eine physische Unmöglichkeit, eine gründliche Untersuchung vorzunehmen, wenn man nicht die Unterzeichnung des Beschlusses auf unabhärbare Zeit hinausschieben wolle. Die meisten deutschen Gegenvorschläge seien vollkommen unannehmbar. „Daily Express“ nennt die deutschen Gegenvorschläge einen Waff. „Daily Mail“ schreibt, die Hunnen lämen noch viel zu gut weg. „Morning Post“ sagt, die Friedensbedingungen der Alliierten seien nicht dazu da, um sie zu disziplinieren, sondern um unterzeichnet zu werden. Man müsse Deutschland zu verstehen geben, daß, wenn es nicht unterzeichne, die Alliierten es in ihrer Gewalt hätten, einen viel härteren Frieden aufzuerlegen.

Die Pariser Abendblätter vom 30. Mai schlagen nach W. L. W. im Gegensatz zu den Morgenblättern eine außerordentlich scharf ablehnende Tonart an. „Le Temps“ erklärt, daß Verhandlungen nicht mehr notwendig seien, die Alliierten brauchen sich nur auf ihre Antworten auf die einzelnen Noten der deutschen Abordnung und auf die gefassten Beschlüsse zu beziehen. Der Vertrag sei für später Widerungen vor, Deutschland müsse sie aber verdienen, es sei nicht berechtigt, sie jetzt zu fordern. „Liberte“ erklärt, man könne nur mit einem Nein antworten.

Berechnungen unschlagen. Worischlangen, Sahungsetime schienen hier die rühmlich gegliederten stämmigen Eruptionen eines bewegten Organs und leidenschaftlich suchenden Geistes. Holz macht es keinen Schein wahrlich nicht leicht, den verschlungenen Wegen seiner Sprache und Gedanken zu folgen, aber wer wollte sich nicht dem Versuch des Schauspielers und seiner Schauspieler dankbar sein wollen, dieser den Rahmen eines Gemächlichen Theaterabends um ein Bedeutames sprengenden Dichtung gerecht zu werden.

Freilich gehört ein Uebermaß von Kräften dazu, um in der Darstellung, die von den Sprechern schon allein eine fabelhafte Gedächtnisleistung erfordert, alles lebendig zusammenzufassen, was in den Gefallen gult und blüht und unterirdisch lobert. Wie der Darsteller in dem Gerank der Worte, so kann sich der Zuschauer in dem sich nur langsam erhellenden Inhalt leicht verirren. Künstler, Rater, die an der Inbrunst des Schaffens selig und verzweifelt zugrunde gehen. Kampf um die sinnliche Schönheit, Reiz, Eiferjucht, Blutzünde zwischen Vater und Tochter, weibliche Uebermacht, Peinigung und Selbstüberwindung — aus allen diesen Elementen formt sich ein Inhalt, dessen Bedeutung nicht am Tatsächlichen haftet. Adir durchdringt, von kranker Gier geschüttelter Mensch schuf Herr Wienfeld die überzeugendste Leistung. Paradoxos griff er zu allen schauspielerischen Ausdrucksmitteln und war, an die stärksten russischen Bühnenkünstler heranreichend, ein grauenerregender Spul, auch noch als hinführendes Has die menschliche Sprache nicht verleugnend. Herr Schröder hatte demgegenüber nicht die Kraft, den aus proletarischem Verzicht zum Himmel anstürmenden Künstler ganz zu erfüllen; er ähnelte aber die schwere Aufgabe mit seinem auch himmlisch etwas zu schwachen Talent zwar ohne leibliche Steigerungen und Vertiefungen, mit Eifer und Geschick durch. Die weibliche Gestalt des Kindes, das Mädchen in allen Verwandlungen der Venus, hatte in Fel. Stein (sie) noch keinen ganz sicheren Stil, aber die erforderliche verführerische und nicht ganz unbeseelte Erscheinung gefunden. Herr Mühlhoffer spielte einen Artisten mit sympathischer Discretion, während Herr Sommerhoff als Bühnenwahrer und Herr Fohl als Präsident der Sezession unangenehm daneben griffen. Im ganzen aber war es kein schlechtes jaeniges Bild, und die Achtung vor dem Werk rief gegen Un-

„Intransigant“ glaubt, daß der Feind alles bewältigen wolle, um sich so aus der Klemme zu ziehen.

Auffallend sei, daß die sozialistische Abendpresse kaum auf den deutschen Gegenvorschlag eingehe. So meint „Populaire“, die Kritik, die die deutsche Gegenvorschläge über sei zwar richtig, aber Deutschland könne sich eigentlich ebensoviele auf einen Rechtsboden stellen wie die imperialistische Entente. Nur das Proletariat sei berechtigt, gewisse Dinge zu sagen.

Eine Drohung Lloyd Georges.

London, 30. Mai (Neuer).

Lloyd George erklärte in einer kürzlich in Lüttich gehaltenen Rede, die Deutschen müßten den Friedensvertrag unterzeichnen, wenn nicht in Versailles, dann in Berlin. Wenn sich der Rat der Vier nach Berlin begibt, muß er jedoch eine Armee hinter sich haben.

Wilson gegen den Londoner Vertrag.

Amsterdam, 30. Mai.

Nach einer Radiomeldung berichtet der Pariser Korrespondent der „New York Times“, Wilson habe dem Verrerrat mitgeteilt, daß er die Stipulationen des Londoner Vertrages nicht gutheißen könne, und daß die Vereinigten Staaten sich von jeder Regelung, in der dieser Vertrag anerkannt werde, fernhalten würden.

England und das russische Problem.

London, 30. Mai.

Unterhaus. In der gestrigen Sitzung über den Geesevorschlag deutete Churchill die Möglichkeit einer Zurückziehung der fremden Truppen aus Rußland mit Sommerende infolge der günstigen Lage an; er erklärte, der seitende Grundjah von Englands Politik sei, daß Rußland durch die Russen gerettet werden müsse. Alle fünf Großmächte wären im Begriff, die bolschewistischen Regierungen in Rußland anzuerkennen unter der Bedingung, daß eine verfassungsgerechte Versammlung frei demokratischer Freiheiten zur Begründung neuer demokratischer russischer Staaten berufen werde.

Krise in Ungarn.

Wien, 30. Mai.

Wolffs Bureau meldet: Seit über achtundvierzig Stunden besteht keine Möglichkeit telephonischer Verbindung zwischen dem Wiener und dem ungarischen Korrespondenzbureau in Budapest. Auch andere Wiener Anstalten sind nicht in der Lage, mit Budapest eine Nachrichtenverbindung zu erhalten. Ueber die Gründe der Unterbrechung ist nichts bekannt, doch meldet das Nachrichtenblatt, nach Schilderungen von immer größerer Über die deutsch-österreichische Grenze kommenden Flüchtlingen, daß die Bolschewistenherrschaft in Ungarn dem Ende entgegengehe.

Polnische Greuel in Litauen.

Berlin, 30. Mai.

Ein Funkpruch Petersburg vom 29. Mai 1918 meldet:

Flüchtlinge aus Wilna, die vier Tage nach der Besetzung die Stadt verlassen haben, erzählen, in welcher Weise die polnischen Regimenter zuerst gegen die Kommunisten und Sozialisten und dann gegen die Juden gewütet hätten. Hunderte von Personen wurden an Ort und Stelle erschossen. Nicht ein einziger Kommunist oder Sozialist sei verschont geblieben. Die Tatsache ist so offenbar, daß eine von den polnischen Behörden einberufene Versammlung der polnischen der russischen und der israelitischen Geistlichkeit, die den Polen ihr menschenliches Benehmen beswegen sollte, dies verweigerte. Daraufhin setzten die Polen mehrere dieser Geistlichen, u. a. den Oberbischöfen, fest und hielten sie als Geiseln nach Warschau. Die vom Ullrich, den ihnen die Amerikaner lieferten, trunkenen polnischen Regimenter wüeten und erschossen jede Woche Leute, manchmal ohne jeden Grund.

verstand und Ueberdruck den Dichter mit den Darstellern gleichmäßig vor den Vorhang.

Zwei Märchen.

Der Tod des Dr. Karl Marx im Jahre 1919.

Vor dem Gefängnis, in dem sich Dr. Karl Marx seit 4 1/2 Jahren in Schußhaft befand, ballten sich Massen. Dampfer Gockung löste in die Zelle, Marx lautete — „Wohlan, wer Recht und Freiheit achtet —, lies aus Fenster, Arbeiter waren es und Soldaten, Gewehre in den Händen hielten, rote Fahnen schwingend, — der Gesang schwell an — die uns geführt Bakal — die Bekentur springt auf — er wird herausgerissen — ist frei — langsam ging Marx die Straße herauf. Die Herren und Damen, die sonst um diese Zeit sich gegenseitig die neuen Gewandern gezeigt, waren nicht zu sehen, auch die Offiziere fehlten. Nur Arbeiter, Arbeiterkinder, Arbeiterfrauen. Und einer von grübler Marx war dazugekommen war. Alles — der verwirrte Krieg, Schleichhandel, Lebensmittelmangel, — jetzt sollte es anders gang anders werden! Marx lächelte. Als waren die vielen Kämpfe doch nicht umsonst gewesen, die neue Zeit war angebrochen.

Die großen Führer, die noch gestern gegen die Unmöglichkeit gekämpft hatten, waren heute alle Rinfier. Präsidenten und Gouverneure. Marx ging zu dem größten der großen Führer. Gestern empfing er ihn. Nun hätte er ihn doch gleichsam beiseite gelassen, die neue Zeit sei angebrochen. Marx fragte nach dem was sich in den letzten Jahren zugetragen hatte, nach dem Friedensschluß, nach den vielen „Siegeswäulen“, er hätte nicht erklären können. Der große Führer war nicht berlegen, die Zeiten, Welt, die Zeiten, das mühte man eben erlebt haben, es war so schwierig und gefährlich gewesen —. Oh, meinte Marx, gefährlich —. Dann ging er.

Hier, Wägen und Gewerkschaftssekretäre saßen unter dem Vorh der Minister, Präsidenten und Gouverneure in einem kleinen Stübchen und sorgten dafür, daß den Zeitungen Nebenwären zum Lesen zu ungebührlich und wurden. So schrieben die Herren in dem kleinen Stübchen zu einer Zeit, schufen ein Arme zum Schutze der „reinen Entwicklung“ und erwarren einen der neuen Gouverneure, der demokratischer Gesinnung voll war, zum Generalsekretär.

Arno Holz: Sonnenfinkernis.

Aufführung im Schauspielhaus.

Arno Holz, seit seinem „Phantasia“ Revolutionär der Dicht, seit seinen Dramen „Familie Selide“, „Papa Hamlet“, „Sozialaristokraten“ mit Johannes Schlaf Vater des Naturalismus auf der Bühne, kam gestern mit seiner Tragödie „Sonnenfinkernis“ im Schauspielhaus zum Wort. Um nicht zu verkümmern, hat dieser Dichter im Laufe langer Jahre ein oder zwei Bühnenstücke geschrieben, die dem großen Publikum gefielen und ein Rossenerfolg wurden. In allem übrigen blieb er dem offenen Markte gleich fremd, dafür aber sich und seinen Kunstanschauungen als Apostel seiner Theorien aufs strengste treu. Die Literaturprofessoren lasen in den Universitäten Collogs über ihn, während er alle die schweren Jahre hindurch in seiner Dachkammer dichtete und darbot.

Er war und ist nun durchaus nicht der starre und konsequente Verfechter eines schneidbaren „Nur-Naturalismus“, wenn schon er stets in abgründigem Ernst mit der Kunst und dem Leben ringt und nie „mit den Russen spielt“. So versetzt sich ihm (außer in den spielerischen Reimen seiner Dornis-Lieder und anderer lyrischer Gebilde) manche höhere Wirkung. Dieser unerbittliche Problemsteller steht mit seiner Tragödie „Sonnenfinkernis“, die er vor etwa 15 Jahren schrieb, und seinem noch janzlicheren späteren Drama „Ignorantismus“ an der Wende einer neuen Zeit, die Kunst und Leben in Finkernis verfallen sieht. Und doch: Im martierenden Giel vor dem Absterbenden stöhnt und jauchzt das Verlangen nach verjüngtem festlichen Gehalt und neuen künstlerischen Ausdruckformen. In Maler- und Bildhauerkreisen geht die „Sonnenfinkernis“ vor sich, als in den Aufstellungen der damals gegründeten „Sezession“ der Impressionismus kultiviert wurde und doch den besten Künstlern auch schon in jener Zeit nicht mehr genügt.

So hat auch Arno Holz immer nur halb in der naturalistischen Methode gestanden und nach einem die Natur nicht slavisch nachahmenden Stil getrachtet. So erfindet er eine neue Wortkunst und setzt an Stelle des Reims und der Metrik eine auch in der Prosa auf- und abschwellende Rhythmus gleich einer vielmännigen Musik. Wo er dieses neuartige Ausdrucksmittel anblenden wie in einer Homone oder einem bacchen Chor, auf der Bühne am häufigsten freigeht, nämlich im fünften Akt, da mißverstand ihn das Publikum gestern ganz und gar und ließ die durch annähernd fünf Stunden bewährte Gebilde in laotische und kimmernde Unzer-

Proteste gegen die Judenpogrome.

Berlin, 30. Mai.

In der letzten Konferenz der sozialdemokratischen Partei in Berlin wurde in schärfster Weise gegen die Pogrome protestiert. Die antisemitische Agitation sei in Form von Judenanschlägen ausgeübt und in Judenpogrome ausgearbeitet. Die Unkosten seien von Juden und auch von Soldaten verübt worden. Im Namen der Arbeiterklasse von Stadt und Dorf drückt die 18. Konferenz der Sozialistischen Partei ihren schärfsten Protest und ihre Verachtung der antisemitischen Agitation aus.

Die neue bayerische Koalitionsregierung.

T. U. Bamberg, 31. Mai

Die Verhandlungen über die Bildung einer bayerischen Koalitionsregierung sind gestern zum Abschluß gekommen. Die Koalition wird heute dem Landtage unterbreitet werden. Ministerpräsident bleibt Hoffmann, der das Ministerium des Innern und das für Kultus behält, Militärminister Schneyderhock, Minister des Innern Segitz und der bisherige Justizminister Andres, der das Ministerium für soziale Fürsorge übernimmt. Auch der sozialdemokratische Verkehrsminister Kraundorfer bleibt. Das Zentrum stellt den Landwirtschaftsminister v. Freyberg und den Finanzminister v. d. Die Demokraten besetzen den Posten des Justizministers mit Dr. Ernst Müller und den des Handelsministers mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Hamann. Der Bauernbund wird an der Koalitionsregierung durch zwei Staatsräte beteiligt. Der Ministerpräsident wird kommenden Montag das Programm der Regierung mitteilen.

Redebour vor den Geschworenen.

In der heutigen Vormittagskammerung wurde durch die Anklage des Reuagen Wuppich die Glaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen Thiesenhäuser immer mehr erschüttert. Er bekundet, daß Thiesenhäuser von ihm und seinen Kameraden nicht für voll genommen wurde. Er habe gegen das Verbot des Kommandanten öfter Maschinenstücke ausgegeben und sei mit ihnen verschwunden. Reuagen Wuppich, Führer der Personalabteilung der Matrosendivision im Marstall, sagt aus, daß die Waffen im zweiten Lichtlof ausgegeben wurden. Auf die Frage über Vorenamittel ausgeteilt hätte, verbessert der Angeklagte den Ausdruck dahin, ob sich der Angeklagte um die Waffen ausgabe gekümmert habe. Der Reuagen Wuppich antwortet, daß er nicht aeloben habe, daß der Angeklagte Waffen ausgeteilt hat. Aber selbst wenn der Angeklagte sich um die Waffen ausgabe gekümmert hätte, so könnte er dies bei dem großen Menschenandrang nicht einmal ansehen.

Darauf befehrt Genosse Redebour den Reuagen, daß er nur Tatsachen und persönliche Wahrnehmungen auszusagen habe. Auch Rechtsanwalt Liebnecht weist bei dieser Kommissionsausfrage darauf hin, daß sie eine partielle Anklage sei und den Geschworenen ein falsches Bild gebe. Genosse Redebour ruft dem Vorsitzenden darauf erwidert zu: „Sagen Sie, was Sie angeht, haben, als Sie meine Rede verbesserten.“ Der Vorsitzende vertritt sich in ebenso erregtem Tone eine Kritik seiner Amtsführung und protestiert die Gerichtsverhandlung abzubauen, wenn der Angeklagte die ihm ausstehenden Verhüllungsarbeiten in unausführlicher Weise ausübt. Durch diese Drohung ist der Angeklagte so erregt, daß er leinereits ausruft: „Nicht ich allein werde das zu tragen haben, sondern Sie und noch andere Verlesene.“

Der Vorsitzende beantragt Herbeiführung eines Gerichtsbeschlusses, ob die Verhandlung weitergeführt werden soll. Staatsanwalt Kumbroich glaubt jetzt einen bedeutenden Triumph ausbilden zu können, als er auf eine Verhüllung des ehemaligen Justizministers Rosenfeld hinweist, daß Reuagen gegen Angriffe aus dem Publikum in Schutz zu nehmen seien und weist auf den Verlastungsfall des Reuagen Thiesenhäuser hin.

Rechtsanwalt Rosenfeld legt gegen eine derartige

Aussage der Verfügung Verwahrung ein und Genosse Redebour wiederholt nochmals seinen Wunsch, die Öffentlichkeit zu erlinden, alle Tätlichkeiten und Angriffe gegen Reuagen oder überhaupt Vereitelte an seinem Prozesse zu unterlassen, da es zu seinem Schaden und zum Schaden der Sache sei, die er vertritt. Von einem Gerichtsbeschluss wird abgesehen, da Genosse Redebour zugibt, sehr erregt gewesen zu sein und auch Staatsanwalt Schae die Vernehmung des Zeugen Wuppich nicht für ganz einwandfrei hält.

Gegen Mittag lief es noch einige Ueberraschung hervor, als der Zeuge Lemke zugehen muß, daß er von der Reichsstaatsanwaltschaft 100 Mark Belohnung erhalten hat für die Ueherbringung des Schriftstückes des Revolutionärsausschusses. Direktor Moser soll dieshalb als Zeuge vernommen werden.

Verstorbte Lügner.

W. L. B. verbreitet diese Meldung:

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die „Freiheit“ glaubt feststellen zu dürfen, daß die am 28. Mai erfolgte Aufhebung des Königer Urteils zurückzuführen sei auf einen Artikel, den die „Freiheit“ am 27. Mai gegen das Urteil veröffentlicht hat. Diese Annahme ist irrig. Es besteht kein Zusammenhang zwischen den beiden Vorgängen.

Der „Vorwärts“ begleitet die von uns gestern bereits früh wiedergegebene Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ mit folgenden Worten:

„Die „Freiheit“ hätte vielmals Gelegenheit, etwas zu loben. Sie entzieht sich aber geschickt dieser Gefahr, indem sie auf den diesen Fall getadelt hat und sich selber das Verdienst an der Aufhebung des Urteils zuschreibt. Sie behauptet, die acht zum Tode Verurteilten wären ohne ihr Eingreifen dem Tode verfallen, obwohl diese schon vor Aufhebung des Urteils zur Begnadigung empfohlen waren. Es ist alles nur Gelegenheit zur Schimpferei und Reklame.“

Auf die von uns mitgeteilten Tatsachen gehen W. L. B. und „Vorwärts“ nicht ein. Das ist das verlegene Schweigen verstorbter Lügner. Wir sind pflichtgemäß für die 57 Proletarier im Woffenrod eingetreten, die entweder zum Tode oder zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Und das nennt der „Vorwärts“ „Gelegenheit zur Schimpferei und Reklame“!

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene 8. Nummer der „Freien Welt“, der illustrierten Wochenchrift der U. S. P., bringt goldreiche Bilder von den großen Demonstrationen im Lustgarten zugunsten der Unterzeichnung des Friedens. Das Titelbild zeigt Adolf Hoffmann auf der Domterrasse während seiner Rede. Andere Aufnahmen beweisen, wie gewaltig die Massen am Schloß, vor dem Dom und vor dem Museum der Parole der U. S. P. solaten. Da sie während des Hochs auf die Republik, das Denkmal Friedrich Wilhelms III. im roten Plagenschmuck usw. ergängen das Bild des Proletes des Proletariats. Zum Redebour-Prozess hat die „Freie Welt“ wieder einen eignen Zeichner geschickt, der eine lebendige Anschauung vermittelt. Die Frage „Annehmen oder Ablehnen“ schließt alle mündliche Abenteuer in sich. Schon hört man überaus albernste heyerische Kriegsgeschrei. Unter dem Titel: „Wollt ihr das wieder?“ bringt die „Freie Welt“ Aufnahmen von den Schlachtfeldern, die einmal ungeschminkt das ganze Grauen des Krieges vor Augen führen. Leo Tolstois Roman „Der Kessel“ wird fortgesetzt. Ein Artikel „Krieg, Nation und Frieden“ von Gustav Landauer erinnert an den in München ermordeten sozialistischen Kämpfer. Mit einer Paritatur auf Hebronsch Redebourrede in der Nationalversammlung schließt die reichhaltige Nummer.

Die soeben erschienene Nr. 22 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenchrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Bericht von Rud. Weißfeld; Erkenntnis von K. Wahrenborg; Schimpferei und Waffenspiele, von R. Kaulsch; Dem Chaos entgegen, von Indukius; Die holländische sozialdemokratische Arbeiterpartei, von A. Sternheim.

Gewerkschaftliches.

Zusammenschluß des graphischen Gewerbes.

Im graphischen Gewerbe besteht schon seit den 80er Jahren das lebhafteste Interesse für einen Zusammenschluß aller Berufsgruppen. Immer aber wurden zum Haupthindernis die so vielfältigen Unterstüzungseinrichtungen in den einzelnen Verbänden; besonders der Verband der Deutschen Buchdrucker beherrschte Vermögensverluste. Es blieb bei der platonischen Liebeserklärung. Andererseits waren die Grenzstreitigkeiten unter den einzelnen Verbänden unerfreuliche Begleiter. Die Unternehmer haben sich vor kurzer Zeit zu einer Vereinigung der Papier bearbeitenden Indukrien zusammengeschlossen. Jetzt wollen die Arbeitnehmer sich daran ein Beispiel nehmen und den alten Gedanken des Zusammenschlusses aller graphischen Verbände neu propagieren. Am Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr findet im Hirtens Buisch eine große Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der graphischen Berufe statt, die sich mit diesem Thema befassen soll.

Neuer Lohnstarif im Gastwirtsgerwerbe!

Nachdem Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisation des neuen Lohnstarif angenommen haben, tritt er am 1. Juni d. J. in Kraft. Mit diesem Tage fällt das Trinkgeldsystem. Alle Angestellten erhalten feste Löhne. Tarife sind in den Verbandsbüros der beteiligten Organisationen zu haben.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen, Ortsgruppe Groß-Berlin, hielt am Freitag im Sportpalast eine öffentliche Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand der 8-Uhr-Lohnschluß. Der Referent Kollege Dusch gab einen kurzen Rückblick über den Kampf der Angestellten Deutschlands um früheren Lohnschluß und begründete die Notwendigkeit des 8-Uhr-Lohnschlusses, um sämtlichen Angestellten Zeit zur Erholung und Fortbildung zu geben. Die Unterstützung des Arbeitgeberverbandes sei bereits zugesagt. Eine diesbezügliche Resolution, die dem Magistrat unterbreitet werden soll, schlägt eine Arbeitszeit von 8-12 Uhr vormittags und 2-6 Uhr nachmittags vor und wird von der Versammlung einstimmig angenommen. Eine weitere Resolution geht an die Stadtverordnetenfraktionen der S. P. D. und U. S. P. D. mit der Bitte um Unterstützung. — Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: „Erläuterungen zum Tarif“, kam es zu mehr oder weniger persönlichen Auseinandersetzungen, wodurch die Versammlung immer kleiner wurde. Mit Recht forderte einer der Redner die Mitglieder zu größerem Interesse und mehr Klassenbewußtsein auf, denn nur so könne der soziale Kampf der Handlungsgehilfen um ihr Menschtum erfolgreich geführt werden.

In der Branchenversammlung der Klavierarbeiter erstattete Kollege Dorn Bericht über den Kampf im Holzgewerbe und die Antwort auf die geforderte Zulage. Ueber den Streik lasse sich nichts Neues sagen. Nächsten Dienstag wird die Schlichtungskommission zusammentreten, die jedenfalls durch Schiedspruch die Beendigung des Streiks herbeiführen werde. Allerdings sei es dann noch fraglich, ob beide Parteien den Schiedspruch annehmen werden. Auf die Uebermittlung der Forderungen an die Unternehmer der Klavierindustrie sind bis jetzt von drei Organisationen der Unternehmer Antworten eingelaufen. Die drückliche Verhandlungen ablehnen. Darauf wurde der Hauptverband des Deutschen Holzarbeiterverbandes mit der Inabnahme zentraler Verhandlungen beauftragt. Es handelt sich bei den Klavierarbeitern um einen Reichslarif. Man müsse also die Verhandlungen abwarten und den kämpfenden Holzarbeitern den Rücken stärken, da diese einen Teil des Kampfes auch für die Klavierarbeiter durchföhren. Die Forderungen sind dieselben wie bei den Holzarbeitern: eine Lohnzulage von 50 Pf. pro Stunde und die 40stündige Arbeitswoche.

Die Gruppe der techn. Angestellten des Kunstgewerbes im Deutschen Techniker-Verband (Annenorbestellen, Modellzeichner, Musterzeichner, Kunstgewerbezeichner usw.) Dienstag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Schützenstraße, Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen; ferner: der Verhandlungstag des D. T. V. Da nunmehr die Verschmelzung des D. T. V. und D. T. I. V. beschlossen ist, sind auch die im D. T. I. V. organisierten Kunstgewerbezeichner dringend gebeten, zu erscheinen, um eine Ueberführung der in beiden Verbänden organisierten Kollegen zu erlangen. Auch die jetzt noch nicht organisierten Kunstgewerbezeichner und Zeichnerinnen sind freundlich eingeladen.

Wasser, das den Deuten auf diese Weise zustoß, war trüb und schmutzig und von einem saden und ekelhaften Geschmack. Man half sich lange Zeit, so gut es ging, hing Regenwasser auf und suchte nach jeder armseligen, kleinen Quelle, um seinen Durst zu stillen. Zuletzt aber gingen lähne Männer dem Uebel auf den Grund. Es ist die Schuld des Königs, sagten sie. Er hütet das große Staubecken, in dem sich alle Wasser sammeln. Wir wollen verlangen, daß er es reinigt und uns Menschheit darüber gibt, daß er es getan hat. Und sie schickten eine Delegation an den König. Als er sich sträubte und sein Recht behauptete, Herr des Staubeckens zu bleiben, ergriff sie die Wut. Sie setzten ihn ab und sandten ihre Führer aus, das Becken zu reinigen. Aber siehe da, das Wasser blieb, wie es gewesen war. Sie fragten, sie drohten, sie gingen selbst und prüften die Arbeit ihrer Führer. Das Becken war gereinigt, und das Wasser darin war klar und frisch.

Da machte sie einer von ihnen darauf aufmerksam, daß unterhalb des Beckens unterirdische Reservoirs waren, in die strömte das Wasser vermittelst eines sehr verzwickten Röhrensystems. Diese Reservoirs aber wurden verwaltet von allen Männern, die in einem geheimen Dienst und nach Vorschriften, die niemand kannte, das Wasser verwalteten und verteilten. Sie vererbten ihren Dienst und ihre Geheimnisse untereinander, und wenn sie einen Neuling ausnahmweise in ihre Reihen aufnahmen, so wurde er auf das Amtsgheimnis verpflichtet, und es galt als das größte Verbrechen, dies Geheimnis zu verleben. Alle andern Wasserbeamten, die in den einzelnen Ortschaften das Wasser verteilten, unterstanden diesem Kreise geheiligter Männer. Sie durften sich weder an das Volk noch an den obersten Herrn des Wasserbeckens wenden, sondern diesen geheimen Mätern allein waren sie verantwortlich. Die Ehrfurcht vor ihnen war so groß, daß noch niemand gewagt hatte, sie zur Verantwortung zu ziehen oder ihren geheimen Dienst zu untersuchen. Denn es hieß, daß sein Erblicher außer ihnen in dem System von Röhren und unterirdischen Reservoirs sich zuerschließen könne. Aber alles Wasser, das frisch und klar aus dem Staubecken kam, war schmutzig, trüb und abgestanden, wenn es die Röhren und die Schutz der heiligen geheimen Räte verließ.

Da meinte einer der Volksmänner, man könne wohl auch ohne diese Räte auskommen, und es sei besser, neue Reservoirs zu bauen, die offen zugänglich wären, und neue Röhren zu legen. Die einander seien und nicht so schwer zu reinigen und zu überwachn. Er meinte, daß alle Geheimnisse und Verbindungen und Verpflichtungen nichts helfen, wenn das Wasser so trüb sei und Krankheit schaffe, und er glaube, das Volk werde viel besser selbst

für sich und sein Wasser zu sorgen verstehen, wenn man eine so einfache Sache nur einfach behandle, jeder davon unterrichtet werde und dafür verantwortlich sei. Er meinte auch, daß es eine Lebensfrage für das Land sei, so solch gesundem Wasser zu kommen.

Er fand auch Beifall, aber die geheimen Räte erklärten ihn für einen Schänder des Heiligums, und der Herr des Staubeckens fürchtete sich sehr vor ihrem Zorn.

Ich weiß nicht, was aus den geheimen Räten geworden ist. Aber ich fürchte, die Menschen sind nie zu ihrem freischen, reinen Wasser gekommen.

Sehet, welch ein Mensch!

Von Oskar Rauchi.

Am Hofe zwischen Reichsaemern. Vollgepropt mit Kriegsknechten. Waffen parren. Nordher johl! Steinhände hoch. Sie bringen einen Mann im Urbelstittel. Mit Fuhrtrien und Rosensöhnen. An die Mauer. Die Stimme eines Anaken Ismandienst. Schreien durcheinander. „Er hat das Volk abgewendet. Der Sehet.“ Stahlhelme unwimmeln ihn. Drehend. „Er ist ein Räuber. Ein Kommunist. Ihr Anführer.“ „Dift du es?“ — „Ja, ich bins.“ Ein Soldknecht spelt ihm mitten ins Gesicht. Der Haupe freisch. „Der Spezialistenhüpfelung schlagt ihn tot.“ Und schlagen ihn. Daß sein Heider Heiligentopf Nutüberström. Er wackelt sich nicht. Er eifert nicht. Er ist allein. Unter Rauchgitter. Sehet, welch ein Mensch. An die Mauer. Hände hoch. „Ihr Hüpfelung.“ „Wir wollen seine Heider kellen.“ Schiffe schlagen in den Arm. Der an der Mauer ist vorüber auf das Pfla. Und klebt liegen. Latenzell soll die Förderleute über ihn hinweg. Im wichtigen Was am Hofen wahren Krouen.

Die Arbeiter murzten, weigerten die Arbeit, gingen auf die Straßen und riefen nach dem, wofür sie jahrzehntelang den Führern gefolgt waren. Und einige der früheren Führer, die es noch nicht bis zum „Gerechten“ marshall gebracht hatten, waren bei ihnen, so der alte Dr. Karl Marx. — Aber zum Aufbruch eines freien Staates gehört Ruhe, honte es aus dem kleinen Staubecken, und so trat die neue, mit Röhren und Bleihaut behüllte Krone unter Gemehr. Die hohen Untergehenden des demokratischen Reichsverwahrmarschalls banden ihre Oden wieder an und stellten sich an die Spitze ihrer Truppen. — Dr. Karl Marx kämpfte in Rede, in Schrift, feuerte an, begeherte. Die Arbeiter schlossen sich um ihn, der schon so vieles um sie gelitten. Denn das, wofür er seit seines Lebens gekämpft hatte, galt es, kurz vor der wahren Verwirklichung, vor einer unehelichen, unwahrscheinlicher Schein-Verwirklichung zu bewahren. — Und wieder drückten sich Massen auf den Plätzen, und die neu eingeleiteten Herren und Damen, die schon lange ihre Frauenabenden wieder aufgenommen hatten, gingen schnell in die Häuser. Statt dessen kamen die Ribernen Offiziere mit der „sozialistischen“ Armee, mit Kanis und Flugzeugen. Die Arbeiter standen — plötzlich inotierte es von den Lastautos, wie früher, sollte ein Schütz „aus der Menge“ gefassen sein. — Die Truppen rückten vor. Karl Marx stand inmitten seiner Arbeiter und schickte den Truppen ihren Mahusinn, gegen sich selbst zu zeigen, entgegen. Die Arbeiter mühten zurück — einige lagen am Boden — Marx stand, bis ein Offizier ihn, den Hauptabteilführer, neue Soldaten zur Ausübung des Staubeckens übergab.

Am nächsten Tage drückte das amtliche Publikationsorgan, ein ehemaliges „Volkblatt“, eine Notiz, daß unter den gelstern zum Schutze der gefährdeten Ordnung und Demokratie Erhebungen auch der Dr. Karl Marx sich befände. Es wäre natürlich, daß zu solchen Mitteln hätte gegriffen werden müssen, weil hätte der Lote durch sein außerordentliches Wirken in letzter Zeit die Verdienste, die er sich, man könne es nicht leugnen, vor Jahren um die Arbeiterbewegung erworben hätte, vergrößert.

Die heiligen geheimen Räte.

In einem fernen Lande spielt unsere Geschichte. Das Land war wasserarm. Darum war seit allen Zeiten alles Wasser des Landes gesammelt in einem riesigen Staubecken, und von dort wurde es ins ganze Land verteilt. Es konnte niemals Wasser ausgetrocknen. Aber ein arabisches Hebel bestand trotzdem. Alles

